

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

18. März 2013

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 13.03.13 starben mindestens zehn Menschen bei einem Selbstmordanschlag in der Stadt Imam Sahib (Provinz Kunduz, Nordafghanistan). Unter den Opfern waren drei Polizisten, darunter der Polizeichef der Region und sieben Zivilisten, davon mehrere Mitglieder der Familie eines prominenten Politikers. Der Attentäter zündete die Bombe während eines Buzkashi-Spiels (traditionelles Reiterspiel im Norden Afghanistans).

Pakistan

Parlament und Regierung beenden volle Legislaturperiode

Erstmals in der Geschichte Pakistans (Unabhängigkeit/Gründung des Landes 1947) haben eine demokratisch gewählte zivile Regierung und ein Parlament die volle fünfjährige Amtszeit ohne Auflösung durch das Militär überdauert. Die Regierung wird voraussichtlich noch diese Woche kommissarisch tätig sein, bis eine neutrale Interimsregierung die Geschäfte bis zur Wahl eines neuen Parlaments übernimmt. Der Wahltermin steht noch nicht fest. Die Wahl muss laut Verfassung innerhalb von 60 Tagen nach Beendigung der Legislaturperiode des alten Parlaments stattfinden. Die Provinzparlamente werden voraussichtlich am selben Tag das Nationalparlament wählen.

Sindh: Bombenanschlag in Karachi mit drei Toten und sechs Verletzten

In der Nacht vom 14. auf den 15.03.13 explodierte eine ferngezündete Bombe in der Nähe der Quaidabad-Polizeistation in der New Muzzafarabad Colony (Stadtteil Landhi) in Karachi. Es gab drei Tote und sechs Verletzte. Die Täter sind noch unbekannt.

Am selben Tag wurde ein stellvertretender Führer der pakistanischen Taliban (TTP) namens Qaril Bilal in Karachi bei der Festnahme erschossen. Im Rahmen einer weiteren Aktion wurden sechs Mitglieder der TTP festgenommen, darunter der Verantwortliche für Karachi mit Namen Sher Alam Mehsud. Er gilt als einer der Hauptverantwortlichen für den Anschlag auf Schiiten in Karachis Abbas Town am 03.03.13 mit über 45 Toten und 135 Verletzten.

Irak

Sicherheitslage

Es kommt weiterhin zu Anschlägen mit Toten und Verletzten. So wurden am 11.03.13 mindestens 27 Menschen getötet. Am 14.03.13 starben bei koordinierten Anschlägen im Regierungsviertel in Bagdad nach offiziellen Angaben 23 Menschen. Am 17.03.13 bekannte sich al-Qaida in Irak (Islamischer Staat Irak) zu den Anschlägen. Ebenfalls am 14.03.13 wurde in Samarra (Provinz Salahaddin) bei einem Anschlag auf das Auto des früheren Gouverneurs Chalid Hussein dessen Fahrer getötet und Hussein – er kandidiert für die Liste Al-Irakiya bei der Provinzratswahl im April – schwer verletzt. Am 15.03.13 kamen bei mehreren Anschlägen u.a. in Bagdad und den Provinzen Salahaddin, Ninive und Diyala mindestens 17 Menschen um. Am 17.03.13 starben bei Bombenanschlägen in Basra, im Süden des Landes, mindestens zehn Menschen.

USA verstärkt Zusammenarbeit

Nach Berichten von US-Regierungsbeamten verstärkt der US-Geheimdienst CIA die Unterstützung für irakische Elite-Einheiten in ihrem Kampf gegen al-Qaida-Terroristen. In den USA wächst die Besorgnis, der Konflikt in Syrien könne auf Irak übergreifen.

Syrien

Streit um EU-Waffenembargo

Frankreichs Präsident Francois Hollande hat während des EU-Gipfels am 14.03.13 eine Aufhebung des Waffenembargos gegen Syrien gefordert. Großbritannien unterstützt Frankreich in seinem Standpunkt. Die anderen EU-Länder zeigten sich skeptisch gegenüber den Forderungen Frankreichs und Großbritanniens. Ohne die Zustimmung aller EU-Staaten für eine Verlängerung würde das EU-Waffenembargo am 31.05.13 auslaufen.

Einstimmige Erklärung des UN-Sicherheitsrates

Der UN-Sicherheitsrat hat am 14.03.13 eine einstimmige Erklärung verabschiedet, in der er sich besorgt über Grenzwischenfälle zwischen Syrien und Libanon äußert. Das Gremium verurteilte die zunehmende Gewalt, die auf den Libanon übergreife, und dort bereits zahlreiche Tote und Verletzte gefordert habe. Die Staatengemeinschaft fürchtet eine Ausweitung des Bürgerkriegs auf das Nachbarland. Laut der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte droht die syrische Armee mit Angriffen auf den Libanon, falls weiterhin „terroristische Banden“ über die Grenze nach Syrien gelangten.

Menschenrechtsorganisationen werfen Konfliktparteien Kriegsverbrechen vor

Amnesty International berichtet in einer am 14.03.13 erschienenen Recherche über massive Kriegsverbrechen. Die meisten Menschenrechtsverletzungen werden zwar laut Amnesty von Regierungstruppen begangen, aber auch oppositionelle Gruppen seien zunehmend für Folter, Geiselnahme und Hinrichtung von Gefangenen verantwortlich. Human Rights Watch berichtet in einer Studie über den Einsatz von Streubomben durch die Assad-Regierung. Danach seien landesweit in den vergangenen sechs Monaten in ungefähr 119 Orten etwa 150 Streubomben abgeworfen worden, die Hunderte Opfer in der Zivilbevölkerung forderten.

Verlängerung des Abschiebestopps für Syrer

Bundesinnenminister Friedrich hat am 15.03.13 im Einvernehmen mit den Bundesländern den Abschiebestopp für syrische Flüchtlinge um weitere sechs Monate verlängert.

Libyen

Verdächtiger wegen Teilnahme an Überfall auf US-Konsulat festgenommen

Am 14.03.13 wurde Faraj al-Chalabi festgenommen, der wegen des tödlichen Überfalls vom 11.09.12 auf das US-Konsulat in Bengasi gesucht wurde. Bei dem Überfall waren der US-Botschafter und mehrere Mitarbeiter der US-Botschaft ums Leben gekommen. Al-Chalabi war kürzlich aus Pakistan zurückgekehrt. Er wurde auch wegen eines Anschlags der nicht mehr existierenden Libyan Fighting Group im Jahre 1994 gesucht.

Koptische Kirche in Bengasi in Brand gesteckt

Am 14.03.13 wurde eine koptische Kirche in Bengasi zum zweiten Mal angegriffen. Die Täter zwangen die Priester, die Kirche zu verlassen, und legten dann Feuer. Seit dem ersten Übergriff am 28.02.13 waren Wachen vor der Kirche postiert. Es ist unbekannt, ob diese noch vor Ort waren.

Türkei/Nordirak

PKK lässt türkische Gefangene frei

Die verbotene Kurdische Arbeiterpartei PKK hat am 13.03.13 im Nordirak acht verschleppte Türken freigelassen. Die vor mehr als einem Jahr in verschiedenen türkischen Provinzen entführten Männer, darunter Sol-

daten, Polizisten und Regierungsbeamte, wurden einer Delegation aus Vertretern der türkischen Kurdenpartei BDP und Mitarbeitern von Nichtregierungsorganisationen übergeben. Die Freilassung gilt als vertrauensbildende Maßnahme im Zuge der Friedensgespräche zwischen der türkischen Regierung und der PKK. Die Aktion folgt auf Berichte, nach denen der inhaftierte PKK-Anführer Abdullah Öcalan einen Friedensplan vorgelegt habe und über einen Abzug der PKK-Kämpfer aus der Türkei bis zum Sommer verhandle.

Simbabwe

Verfassungsreferendum und Verhaftungen

Rund 5,5 Millionen registrierte Wähler waren am 16.03.13 zur Abstimmung über die Verfassung aufgerufen. Bei geringer Wahlbeteiligung deuten erste Teilergebnisse auf eine deutliche Mehrheit für den sowohl von Präsident Mugabes Partei ZANU-PF („Afrikanische Nationalunion von Simbabwe - Patriotische Front“) als auch von der rivalisierenden Partei MDC von Premierminister Tsvangirai („Bewegung für Demokratischen Wandel“) unterstützten Verfassungsentwurf. Menschenrechtsorganisationen hatten im Vorfeld des Referendums die Zunahme politisch motivierter Gewalt beklagt. Die Abstimmung verlief jedoch weitgehend ohne die befürchtete Gewalt. Es soll laut Angaben der Nachrichtenagentur AFP in der Siedlung Headlands im Osten des Landes ein lokaler Verantwortlicher des MDC in seinem Haus von Bewaffneten überfallen und entführt worden sein. Hierfür machte ein Parteisprecher eine örtliche ZANU-PF-Miliz verantwortlich. Am 17.03.13 wurde die Menschenrechtsanwältin Beatrice Mtetwa im Haus von Thabani Mpofu, einem der wichtigsten Berater Tsvangirais, wegen Behinderung der Polizei festgenommen. Am selben Tag wurden auch vier Mitarbeiter Tsvangirais in dessen Pressebüro verhaftet. Im Juli sollen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stattfinden.

DR Kongo

Machtkampf in M23 zugunsten der Makenga-Fraktion entschieden

Der am 27.02.13 vom Militärchef der M23, Sultani Makenga, für abgesetzt erklärte Präsident der Rebellenorganisation, Jean-Marie Runiga, hat den Machtkampf innerhalb der M23 verloren. Er ist am 16.03.13 zusammen mit etwa 600 Kämpfern nach Ruanda geflüchtet, wo sie von der Armee entwaffnet und in ein Flüchtlingslager gebracht wurden. Mehrere Hundert Runiga-Kämpfer sollen sich der Makenga-Fraktion ergeben haben. Am Morgen des 16.03.13 hatten Kämpfer Makengas das Hauptquartier Runigas in der Stadt Kibumba eingenommen (etwa 30 km nördlich von Goma, Hauptstadt der ostkongolesischen Provinz Nord-Kivu). Damit steht nahezu das gesamte von der M23 eroberte Gebiet nördlich von Goma unter der Kontrolle von Makenga. Die Hügel von Munigi, von denen aus die M23 Goma direkt bedrohen konnte, wurden während des internen Machtkampfes der M23 von UN-Soldaten besetzt.

Der vom Internationalen Strafgerichtshof gesuchte frühere Armeegeneral Bosco Ntaganda, der als Initiator der M23-Rebellion im April/Mai 2012 gilt, soll laut Angaben des kongolesischen Regierungssprechers Mende vom 17.03.13 ebenfalls nach Ruanda geflüchtet sein. Dies wird jedoch von ruandischer Seite bestritten. Ein Grund der Absetzung von Runiga war seine Nähe zu Ntaganda.

Verdoppelung der Todesfälle in Haftanstalten

Laut einem am 13.03.13 veröffentlichten Bericht des Gemeinsamen UN-Menschenrechtsbüros (UNJHRO) wurden in den Jahren 2010 bis 2012 in den vom UNJHRO besuchten kongolesischen Haftanstalten insgesamt 211 Todesfälle von Inhaftierten dokumentiert, die auf Menschenrechtsverletzungen zurückzuführen sind. 54 der Fälle entfielen auf das Jahr 2010 und 56 auf das Jahr 2011. 2012 hat sich die Zahl der Todesfälle mit 101 im Vergleich zu den beiden Vorjahren fast verdoppelt. Ursächlich sind vor allem die schlechten Haftbedingungen wie Überbelegung, Unterernährung, Mangel an adäquater medizinischer Versorgung sowie die zu geringen Finanzmittel in Verbindung mit einem Mangel an Transparenz bei der Verwaltung dieser Gelder. In mehr als 10 Prozent der Fälle waren Folter oder Misshandlung der Inhaftierten durch Angehörige staatlicher Stellen für deren Tod verantwortlich. Da den Vertretern des UNJHRO der Zugang zu bestimmten Haftzentren aus verschiedenen Gründen nicht möglich war, kann die Zahl der landesweiten Todesfälle viel höher sein als im Bericht genannt.

Kenia

Verfahren vor dem Internationalen Strafgerichtshof

Die Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag, Fatou Bensouda, ließ am 11.03.13 die Anklage gegen Francis Muthaura fallen. Der frühere Kabinettschef unter dem ehemaligen Präsidenten Mwai Kibaki war im selben Verfahren wie der Gewinner der Präsidentenwahlen vom 04.03.13, Uhuru Kenyatta, angeklagt. Beiden wurde vorgeworfen, Gewalt nach den Wahlen von 2007 geschürt zu haben. Bensouda begründete ihren Schritt mit der dürftigen Beweislage gegen Muthaura. Wichtige Zeugen gegen ihn seien getötet worden oder gestorben, andere verweigerten die Aussage. Das Verfahren gegen Kenyatta werde jedoch weiter betrieben (siehe BN vom 11.03.13).

Togo

Oppositionelle angeklagt

Im Zusammenhang mit Bränden, die Anfang Januar zwei Märkte in Lomé und Kara zerstört hatten, wurden am 12.03.13 die Oppositionspolitiker Jean Pierre Fabre und Frédéric Abass Kaboua nach mehrstündigen Befragungen offiziell angeklagt. Fabre ist Präsident der Partei ANC (Alliance Nationale pour le Changement) und Kaboua Präsident der Partei MRC (Mouvement des Républicains Centristes). Die beiden befinden sich auf freiem Fuß, dürfen die Hauptstadt Lomé aber nicht ohne richterlichen Beschluss verlassen. Privathäuser der beiden Angeklagten und Büros ihrer Parteien wurden durchsucht. ANC und MRC gehören dem Oppositionsbündnis CST (Collectif Sauvons le Togo) an.

Mindestens 31 Personen, meist Oppositionelle, sollen wegen der Brände angeklagt sein, mehr als 20 von ihnen sind in Haft.

Côte d'Ivoire

Mehrere Tote bei Angriff auf Dorf

Bei einem Angriff am 12.03.13 auf den Ort Zilébly im Westen nahe der Grenze zu Liberia sind sieben Menschen getötet worden, darunter vier Zivilisten, zwei Soldaten der ivoirischen Armee sowie einer der Angreifer. Die UN-Mission in Côte d'Ivoire (ONUCI) bestätigte „mehrere Tote“. Wer hinter der Tat steckt, ist bislang unklar. Tausende Bewohner der Gegend sind beim Angriff geflohen.

China

Verschärfte Sicherheitsmaßnahmen in Xinjiang

Berichte über einen blutigen Streit zwischen Uiguren und Han-Chinesen in der Stadt Korla in der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang am 07.03.13 (siehe BN vom 11.03.13) wurden vergangene Woche offiziell bestätigt. Wie Radio Free Asia am 12.03.13 berichtete, sollen laut unbestätigten Berichten Unbekannte am 09.03.13 zudem eine Polizeistation in der Präfektur Hotan angegriffen haben. In Teilen Xinjiangs wurden Sicherheitsmaßnahmen verschärft.

Volkskongress bestätigt neue Staatsführung

Nachdem China in den vergangenen zehn Jahren unter der Führung von Präsident Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao regiert wurde, tritt nun eine verjüngte Führungsriege an. Der Nationale Volkskongress bestätigte am 14.03.13 erwartungsgemäß Xi Jinping (59) als Nachfolger Hus im Präsidentenamt. Neuer Ministerpräsident wurde wie erwartet Li Keqiang (57). Xi war bereits im November 2012 anlässlich des 18. Kongresses der Kommunistischen Partei zum Parteichef und zum Oberkommandierenden über die Streitkräfte gewählt worden.

Die alljährliche Tagung des Nationalen Volkskongresses fand vom 05. bis 17.03.13 in Peking statt.